

1 DIE LINKE. Berlin
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Antrag A19**

6 **Antragsteller*innen:** Bezirksverband Neukölln

7 **Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschuss**

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9 Der Parteitag fordert die Mitglieder der Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich für die Einrichtung
10 eines NSU-Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus einzusetzen.

11 Begründung:

12 Am 4. November 2011 ging in Eisenach ein Wohnmobil in Flammen auf. Darin wurden zwei Leichen
13 gefunden, die offensichtlich vorher gewaltsam zu Tode kamen. Stunden später explodierte in der
14 Zwickauer Frühlingsstraße eine Wohnung und brannte aus. In den folgenden Tagen rollte eine Lawine
15 von ungeheuerlichen Erkenntnissen durchs Land: Die beiden Toten in dem Wohnwagen waren Uwe
16 Mundlos und Uwe Böhnhardt, die Zwickauer Wohnung setzte Beate Zschäpe in Brand, die sich vier
17 Tage danach den Behörden stellte. Die Drei waren der Kern einer neonazistischen Terrorgruppe mit
18 dem Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) und haben nach ihrem Untertauchen während
19 der Jahre 1998 bis 2011 neun Menschen aus rassistischen Motiven sowie eine Polizistin ermordet und
20 ihren Kollegen lebensgefährlich verletzt. Der Gruppe werden mindestens drei Sprengstoffanschläge
21 zugerechnet, einer davon mit einer verheerenden Nagelbombe in Köln mit zahlreichen Verletzten.
22 Hinzu kommen (mindestens) 15 besonders brutale Raubüberfälle, die der Finanzierung der Gruppe
23 und ihrer Anschlagsserie dienten.

24 Das Agieren des rechtsterroristischen NSU und seines wohl Hunderte Personen umfassenden
25 Unterstützer_innen-Netzwerks eröffnete Einblicke in den wohl größten Geheimdienstskandal der
26 Geschichte der BRD und einen ungeheuerlichen behördlichen Rassismus bei den Mordermittlungen.
27 Wie weit staatliche Verstrickung gegangen ist, ist bis heute nicht hinreichend geklärt. Ein beispielloser
28 Vertuschungs- und Obstruktionsskandal von Polizei, Inlandsgeheimdienst („Verfassungsschutz“),
29 Militärischer Abschirmdienst (MAD) usw. überschattet selbst die Aufklärungsbemühungen von bis
30 heute 13 Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die zwei Mal im Deutschen Bundestag und
31 in den Landtagen Thüringens, Sachsens und Baden-Württembergs sowie in Hessen, Nordrhein-
32 Westfalen, Bayern, Brandenburg und neuerdings in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt wurden. Der
33 erste NSU-Prozess vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in München endete am 11. Juli
34 2018 nach über 5 Jahren und 438 Verhandlungstagen mit der Verurteilung der Hauptangeklagten
35 Beate Zschäpe und der in Teilen fragwürdig milden Aburteilung der vier Mitangeklagten.

36

37 Viele Spuren im NSU-Komplex führen immer wieder nach Berlin, wo bis heute keine hinreichende
38 parlamentarische Befassung mit diesen brisanten Zusammenhängen stattgefunden hat:

- 39 • Der NSU hat wohl im Jahr 2000 die Synagoge in der Rykestraße möglicherweise als
40 potentielles Anschlagziel ausgespäht. Ein Objektschützer hatte Beate Zschäpe in einer
41 Gastwirtschaft neben der Synagoge zweifelsfrei erkannt. In diesem und zum Teil in anderen
42 Zusammenhängen standen die Blood&Honour-Aktivistinnen Jan Werner und Stephan „Pinocchio“
43 Lange im Visier bzw. im Dienst von Berliner Behörden. Lange war vermutlich vom LfV Berlin
44 angeworben worden, ehe er über das LKA Berlin an das BfV als V-Mann „Nias“
45 weitervermittelt wurde.
- 46 • Im Zusammenhang mit dem „Landser“-Verfahren warb das Berliner LKA den unter
47 erheblichem Verfolgungsdruck stehenden Thomas Starke [heute: Müller] als V-Person an.
48 Starke war Mitte der 1990er Jahre kurze Zeit mit Beate Zschäpe liiert und hat Uwe Mundlos

- 49 ca. 1,5 Kg TNT Sprengstoff geliefert, der bei der Razzia in Jena am 26. Januar 1998 entdeckt
50 wurde.
- 51 • Es gibt weitere dem Bombenbau zugeneigte V-Personen des LfV bzw. LKA Berlin, darunter
52 etwa Nick Greger, der Kontakt zum V-Mann Carsten „Piatto“ Szczepanski des Brandenburger
53 Verfassungsschutzes hatte. „Piatto“ war 1998 gezielt mit „dienstlichen“ Aufträgen nach
54 Sachsen entsandt worden.
 - 55 • Weitgehend ungeklärt ist die Rolle des einstigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und
56 zeitweiligen Thüringer Landesvorsitzenden der NPD, Frank Schwerdt, bei der Unterstützung
57 und Radikalisierung des NSU-Umfeldes: Er bediente sich zeitweise etwa Uwe Mundlos' als
58 Fahrer und hatte erheblichen Einfluss auf Tino Brandt, den „Schöpfer“ des „Thüringer
59 Heimatschutzes“ (THS), aus dem der NSU hervorging. Brandt war in der Entstehungszeit des
60 NSU V-Mann des LfV Thüringen. Schwerdts Rolle müsste dringend untersucht werden, stand
61 er doch mit einer weiteren Person unter Verdacht, das flüchtige NSU-Kerntrio 1998 bei sich
62 beherbergt zu haben. Der NSU-Unterstützer und Mitangeklagte in München, Ralf Wohlleben,
63 suchte Schwerdt 1998 im Auftrag der Abgetauchten auf, um Fluchtpläne nach Südafrika zu
64 eruieren.
 - 65 • Die Auftritte von Berliner Beamt_innen als Zeug_innen im NSU-Prozess und ihre Rolle bei der
66 Fahndung nach dem Kerntrio müssten Gegenstand der Untersuchung sein.
 - 67 • Diese und weitere wichtige Fragen zum Handeln von Berliner Behörden und Beamt_innen, zu
68 Bezügen des NSU nach Berlin oder von Berlin zum NSU müssen zeitnah Gegenstand einer
69 parlamentarischen Untersuchung werden, denn die Möglichkeiten schwinden mit jedem
70 Monat: Aktenbestände werden vernichtet, Zeug_innen erinnern sich immer weniger und die
71 Möglichkeit, strafrechtliche oder disziplinarische Konsequenzen zu ziehen, nehmen rapide mit
72 jedem Monat ab, der untätig verstreicht.
 - 73 • Die besondere Rolle des Berliner LKA und des Brandenburger Verfassungsschutzes und ihre
74 mögliche Verstrickung in den NSU-Komplex sind nicht zuletzt von Bedeutung für die
75 Aufklärung der neofaschistischen Terrorserie gegen antirassistisch und antifaschistisch
76 engagierte Menschen in Berlin-Neukölln. Antifaschistische Recherchen legen nahe, dass
77 dieser Aspekt auch bei den Ermittlungen zu den Todesfällen Burak Bektaş und Luke Holland
78 nicht hinreichend berücksichtigt wurde, obwohl bundesweite neonazistische Strukturen bis
79 nach Berlin-Neukölln sichtbar sind.

80

81 Dass es in Berlin auch sieben Jahre nach dem Auffliegen des NSU noch keine hinreichende
82 parlamentarische Aufarbeitung gegeben hat, wollen wir als antifaschistische Partei nicht hinnehmen.